

STEFAN BOLLINGER

DDR 1989/1990 – vom Aufbruch zum Anschluß

Das umstrittene Ende, das ein Anfang sein sollte

Das kürzeste, das 41. Jahr der DDR war nicht nur das Jahr des Untergangs eines Staates, sondern barg zunächst die begründete Hoffnung auf eine andere DDR: Auf einen Staat, dem nicht mehr die Menschen wegliefen, der endlich mit den sozialistischen Idealen Ernst machte, um derentwillen er 40 Jahre zuvor auch – sicher nicht zuvörderst – gegründet wurde.

Die Fakten liegen weitgehend offen auf dem Tisch der Geschichte:¹ Der wenig ruhmvolle Untergang eines Staates, der ursprünglich als Alternative zu seinen Vorgängern und seinem westlichen alter ego angetreten war. Wohl zu keinem anderen Abschnitt der Geschichte sind soviel Akten des betroffenen Landes zugänglich,² auch wichtige, obzwar nicht alle Dossiers anderer beteiligter Staaten,³ haben soviel Zeitzeugen ihre eigene Sichtweise zu Papier gebracht.⁴ Das schließt natürlich nicht aus, daß die Geheimgeschichte dieses Umbruchs, die Aktivität der diversen Nachrichtendienste ebensowenig entschlüsselt ist wie das Wirken und die Steuerung der letztlich entscheidenden Massenmedien.

Viele machen es sich einfach mit diesem letzten, 41. Jahr der DDR: Für den herrschenden Zeitgeist ist es Episode eines unumgänglichen Weges in die deutsche Einheit und des Abschieds von allem Sozialismus.⁵ Dagegen rühmen nur wenige diese Zeit als Chance, in der die DDR hätte zu ihren Wurzeln und Idealen zurückkehren – genauer sie erstmals auffinden können – zu einer Gesellschaft, in der die Macht durch das Volk und für das Volk ausgeübt werden sollte, in der Demokratie und materielle Wohlfahrt auf dem Stand der zivilisatorischen Entwicklung sich befinden mochte.⁶ Nichtsdestotrotz gibt es eine Fülle Literatur sowohl zu demokratischer Revolution,⁷ Bürgerbewegungen,⁸ aber auch schnelllem »nationalem Ausweg«.⁹

Wer dieses Thema behandelt, setzt sich schnell zwischen mehreren Stühle. Wenn er nicht den Zeitgeist konservativen Zuschnitts mit antikommunistischen und antisozialistischen Vorzeichen bedienen will und kann, dann muß er auf den systemimmanenten Ansatz des Aufbruchs 1989 verweisen: Auf die zunächst auf die Erneuerung des Sozialismus ausgerichtete Volksbewegung, der ein bescheidener intellektueller Vorlauf voranging. Nicht die deutsche Einheit und erst recht nicht die unter konservativ-neoliberalen Vorzeichen bewegte die damals handelnden Akteure in den Diskussionszirkeln und auf den Straßen der DDR. Es ging um eine Revolution, die

Stefan Bollinger – Jg.1954, Dr. sc.phil., Politikwissenschaftler, Berlin.

Der Berliner Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur »Helle Panke« führte am 13. und 14. März 1999 eine Tagung durch, die sich mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990 beschäftigte.

1 Siehe zum Thema meine umfassende Monographie: Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Schriftenreihe des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums e.V.: Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Bd. 17, Berlin 1999 (im weiteren: Abgebrochene Revolution).

2 Hier sind einige besonders ergiebige Dokumentensammlungen zu nennen:

den Sozialismus in der DDR erst verwirklichen, in der nicht mehr eine allmächtige Partei den Sinn des Sozialismus diktieren, in der die Menschen selbst zu Gestaltern der Gesellschaft werden sollten und vor allem wollten.¹⁰

Die verpaßte Herausforderung

Im Herbst 1989 war in der DDR – wie auch anderswo in Osteuropa – nach längerem Vorlauf ein explosives Gemisch von Unzufriedenheit, Resignation, Handlungswillen, Kritik und Aufkündigung von Loyalitäten entstanden. Spektakulärster Ausdruck des Aufbrechens einer offenen politischen Krise in und um die DDR war die Abkehr vorzugsweise junger Leute, die zunächst mit einer anschwellenden Flut von Ausreisanträgen und dann via der bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag, Warschau sowie der Ständigen Vertretung in Berlin mit ihrem Staat und ihrer Gesellschaft brachen.

Die Gründe für diesen Bruch waren der SED-Führung bekannt:

- » – unzureichende Reisemöglichkeiten,
- mangelnde Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und hochwertigen Konsumgütern sowie Obst und Gemüse, Ersatzteilen,
- nicht zufriedenstellende Dienstleistungen,
- unzulängliche gesundheitliche Betreuung,
- Ansteigen der Lebenshaltungskosten (Lohn-Preis-Gefüge),
- Fragen des Umweltschutzes,
- soziale Probleme (Wohnraum, Beruf, persönliche Konflikte).«¹¹

Dazu gehörten gleichermaßen:

- » – unbefriedigende Arbeitsbedingungen und Diskontinuität im Produktionsablauf;
- Unzulänglichkeiten/Inkonsequenz bei der Anwendung/Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie Unzufriedenheit über die Entwicklung der Löhne und Gehälter;
- Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie über Herzlosigkeit im Umgang mit den Bürgern;
- Unverständnis über die Medienpolitik der DDR.«¹²

Nun waren solche Probleme in der DDR-Geschichte (wie der des ganzen Ostblocks) nicht neu: Das Demokratieverständnis war immer geprägt vom Mißtrauen vor den noch unreifen Massen, die Volkswirtschaften funktionierten selten reibungslos, Versorgungsmängel gab es ständig, Reisemöglichkeiten waren schon immer materiell und politisch begrenzt. Warum also auf einmal dieses Aufbegehren?

Hier kann nur auf zwei Dimensionen einer neuen Konstellation verwiesen werden, die sich Ausgang der achtziger Jahre zur akuten Krise des Realsozialismus weltweit verdichtete und in Osteuropa zum radikalen Systemwechsel führte. Beide Dimensionen erweisen sich dabei als zwei miteinander verbundene Seiten einer grundlegenden Qualitätsveränderung, der sich die östlichen Gesellschaften stellen mußten – und an der sie versagten. Die neuen Produktivkräfte zwangen alle Gesellschaften zum Wandel. Für den Realsozialismus erwies sich dies aber als besonders problematisch. Einerseits war der Staatssozialismus, genauer der sowjetische

Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Honecker-Gorbatschow Vieraugengespräche, hrsg. und eingeleitet von Daniel Küchenmeister unter Mitarbeit von Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1993; Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): »Vorwärts immer, rückwärts nimmer!«. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Hrsg. und eingeleitet von Gerd-Rüdiger Stephan unter Mitarbeit von Daniel Küchenmeister, Berlin 1994; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980-1987, Berlin 1995; dies.: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen, Berlin 1996; Heinrich Poitthoff: Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995; Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996; Volker Gransow/Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Die deutsche Vereinigung. Dokumente zur Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991; Charles Schüddelkopf (Hrsg.): »Wir sind das Volk!« Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Mit einem Nachwort von Lutz Niethammer, Reinbek bei Hamburg 1990; Wir sind das Volk. Aufbruch '89, mdv transparent, Teil 1: Die Bewegung, September/Oktober 1989, Halle 1990; Wir sind das Volk. Hoffnung '89, mdv transparent, Teil 2: Die Bewegung, Oktober/November 1989, Halle 1990 (im weiteren: Hoffnung '89); Armin Mitter/Stefan Wölle

(Hrsg.): Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar - November 1989, Berlin 1990 (im weiteren: Befehle/Lageberichte MfS).

3 Siehe z.B. Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998 (im weiteren: Dokumente) mit Abstrichen auch Michail S. Gorbatschow: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993.

4 Siehe zumindest für die DDR: Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin und Weimar 1991, 3. Aufl.; Erich Honecker: Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, Berlin 1994, 2. Aufl.; Egon Krenz: Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen. Unter Mitarbeit von Hartmut König und Gunter Rettner, Wien 1990; Hans Modrow: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, 2. Aufl.; ders.: Ich wollte ein neues Deutschland. Mit Hans-Dieter Schütt, Berlin 1998; Gregor Gysi/Thomas Falkner: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990; Gregor Gysi: Das war's. Noch lange nicht! Autobiographische Notizen, Düsseldorf 1995; für die BRD: Helmut Kohl: »Ich wollte Deutschlands Einheit«. Dargestellt von Kai

Block in der Systemauseinandersetzung augenscheinlich gescheitert. Die bisherige militärstrategische Parität löste sich auf. Den USA war es trotz vehementer sowjetischer Gegenstrategien gelungen, die östliche Seite »totzurüsten«. Eine neue Runde des Aufstellens immer perfekterer Nuklearraketen, die Einführung schwer zu bekämpfender cruise missiles und des Raketenabwehrsystems SDI waren nicht mehr adäquat militärtechnisch, vor allem aber nicht mit der notwendigen Massenproduktion zu beantworten. Zudem hatten die laufenden militärischen Konflikte im Nahen Osten und noch mehr der sinnlose Krieg in Afghanistan die konventionellen und operativen Grenzen der sowjetischen Militärs gezeigt. In dieser Situation sah die Sowjetunion keinen Ausweg mehr und signalisierte ihren Ausstieg, d.h. das Eingeständnis ihrer Niederlage in der Systemauseinandersetzung.

Dazu kam andererseits das Scheitern beim Beherrschen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der neuen Produktivkräfte in ihrer Komplexität. Seit den sechziger Jahren mit ihrem NÖS wie mit dem »Prager Frühling« waren entsprechende Reformen unter unterschiedlichen Vorzeichen versucht worden und immer wieder mißlungen.¹³ Punktuell gab es Spitzenleistungen, aber in der Breite stagnierte die Entwicklung, zeigten sich Tendenzen der Rückentwicklung. Die Erwartungen an die blockinterne Wirtschaftskooperation erwiesen sich als irrig, die Hoffnungen konzentrierten sich in fast allen Ostblockstaaten auf Hilfe aus dem Westen. Vor allem erwiesen sich Allmacht des Politbüros und Demokratiedefizit als Hindernisse für Reformen, verhinderten das Bewußtwerden der neuen Situation, die Diskussion von Alternativen und deren gesellschaftliche Umsetzung.

Die bittere Einsicht

Es ist für die Linke bitter, sich einzugestehen, daß der Sturz des Staatssozialismus sowjetischer Prägung notwendig war, weil die vermeintlich sozialistische Gesellschaft zu einer undemokratischen, gegen das Volk gerichteten Einrichtung eines vormund-schaftlichen, autoritären, patriarchalen Sozialismus verkam, der mit bestimmten totalitären Strukturen, mit Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen genau jenem Anspruch zuwiderlief, der nicht erst seit Marx entscheidender Bezugspunkt war: Eine Gesellschaft zu errichten, die »alle Verhältnisse (umwirft), in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«¹⁴ Der in Osteuropa, auch in der DDR praktizierte Sozialismus war – trotz nicht zu unterschätzender Leistungen und berechtigte Ansprüche (gerade hinsichtlich einer sozial gerechteren, sozial gesicherten Gesellschaft¹⁵) 1989 nicht mehr zu verteidigen und nicht mehr verteidigungswert, wie das Michael Brie schon vor einigen Jahren feststellen mußte.¹⁶

Brie hatte damit nur jenen Sachverhalt beschrieben, der instinktiv fast allen Akteuren und Betroffenen im Herbst '89 augenfällig war. Trotz der Konfrontationen im Zusammenhang mit der wahnwitzigen Umleitung der Ausreisezüge von Prag über Dresden und trotz der Übergriffe der Sicherheitskräfte im Umfeld der Feiern zum 40. DDR-Jahrestag insbesondere in Berlin waren sich die

Verantwortlichen beginnend in der obersten Führung darüber im klaren, daß ein Einsatz gegen das eigene Volk weder außen- noch innenpolitisch zu rechtfertigen wäre. So sahen das auch viele Angehörige der Sicherheitskräfte und der Kampfgruppen. Etwas zu verteidigen, was sichtbar marode war, was Veränderung bedurfte und ausgerechnet gegen diejenigen vorzugehen, die endlich diese Veränderungen einforderten, war ihnen nicht möglich. Volk und Führung konnten und wollten nicht mehr weitermachen wie bisher!

Hier liegt der tiefere Grund für den friedlichen Verlauf des revolutionären Wandlungsprozesses hin zu einem demokratischen Sozialismus, auch wenn dieser wegen der Maueröffnung und der generellen Verspätung um mindestens zwei Jahrzehnte letztlich nicht zum Modellwechsel, sondern zum Systemwechsel führte.

Um es zuzuspitzen: Der Realsozialismus sowjetischer Prägung war gescheitert! Das Produktivkraft-Produktionsverhältnis-Dilemma war keineswegs erledigt und es wirkte genau bei jenen weiter, die meinten, den radikalen Umbruch ein für allemal vollzogen zu haben. Vor allem erwies sich, daß dem Staatssozialismus sowjetischer Prägung die politische Legitimität verloren ging.

Die Diktatur versagte. Parteiallmacht, Machtmißbrauch, Machtblindheit, Konfliktscheu, Scheitern der Wirtschaftspolitik waren dafür Stichworte, die von vielen der Beteiligten erst in der Krisensituation als solche erkannt wurden, obwohl es nicht nur und nicht in erster Linie westliche Kritiker waren, die schon lange die Schwachstellen des östlichen Gesellschaftsmodells benannten. Seit Luxemburg, Kautsky, Trotzki, Bucharin, Gramsci oder den Reformökonomien der fünfziger/sechziger Jahre war dies immer wieder auch in der innersozialistischen Kritik geäußert – letztlich aber totgeschwiegen und unterdrückt. Gerade deshalb fehlten 1989 Konzepte wie Persönlichkeiten mit Geist und Charisma.

Je diktatorischer und sklerotischer dieses System war, desto zwingender war eine Revolution – zu seiner Aufhebung in einem demokratischen Sozialismus! Der »Abschuß des ›Sputniks« 1988 signalisierte: Für die DDR war das Ausklinken und die Ablehnung der Diskussionen und Veränderungen des Realsozialismus im Perestrojka-Projekt der springende Punkt, der seit Mitte der achtziger Jahre einen wachsenden Teil der Bevölkerung und schließlich auch der Parteimitglieder von der Führung entfremdete, Widerspruch und Opposition begründete – aber ebenso gerade Jugendlichen den Eindruck von der Zukunftslosigkeit dieses Systems vermittelte.

Die Fälschung der Kommunalwahlen im Mai 1989 und die Sprachlosigkeit seit dem Beginn der Botschaftsbesetzungen zeigten, daß die SED-Führung weder willens noch in der Lage war, auf die veränderten Bedingungen im Lande in ihrer Umwelt angemessen zu reagieren. Das System erwies sich als viel zu schwerfällig, als konflikt- und zu guter Letzt reformunfähig.¹⁷ Es war weder konzeptionell noch personell in der Lage, Alternativen zu finden und aufzuzeigen.

Vom Scheitern

Warum nun endete diese Revolution so seltsam im Wechsel von der Vormundschaft einer allmächtigen Partei zu der einer anderen

Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996; Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991; Theo Waigel/Manfred Schell: Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion, München 1994; Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991; für die Sowjetunion: Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995; Eduard Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991; Valentin Falin: Politische Erinnerungen, München 1993; Julij A. Kwisinskij: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993; Wjatscheslaw Kotschemassow: Meine letzte Mission. Fakten – Erinnerungen – Überlegungen, Berlin 1994; für die Westalliierten: Margaret Thatcher: Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf-Wien-Zürich-Moskau 1993, 2. Aufl.; Francois Mitterand: Über Deutschland, Frankfurt/M. – Leipzig 1996; James A. Baker: Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996; Vernon A. Walters: Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Die Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters, Berlin 1994.

5 Siehe polemisch dazu z.B. Stefan Bollinger: Geschichtsaufarbeitung – Machtinstrument oder Erkenntnishilfe? Einige Anmerkungen, in: Jochen Cerny/Dietmar Keller/Manfred Neuhaus (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 5, Bonn-Berlin 1994, S. 19-28.

6 Siehe diese These nachdrücklich bei Siegfried Prokop (Hrsg.): Die kurze Zeit der Utopie. Die »zweite« DDR im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin 1994; ders.: »Einig Vaterland«? Von der DDR zur »distinct society«, in: Horsta Krum/ders.: Das letzte Jahr der DDR. Implosion – Einigungsvertrag – »distinct society«, hefte zur ddr-geschichte, H. 20, Berlin 1994, S. 5-32; ders.: Glanz und Elend des Jahres 1989/90, in: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Eggersdorf 1998, Bd. IX/X, S. 84-161.

7 Siehe Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/M. 1993; Karl-Dieter Opp/Peter Voß: Die volkseigene Revolution, Unter Mitarbeit von Christine Gern, Stuttgart 1993; Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaebner (Hrsg.): Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit, Berlin 1991; Gert-Joachim Glaebner: Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit, Opladen 1992, 2., durchgesehene Aufl.; ders. (Hrsg.): Der lange Weg zur Einheit. Studien zum Transformationsprozeß in Ostdeutschland, Berlin 1993; Hartmut Zwahr: Ende einer Selbstzerstörung, Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993.

8 Siehe Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgohs (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdgang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991; Helmut Herles/Ewald Rose (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum

politischen und wirtschaftlich herrschenden Klasse und ihres (bundesdeutschen) Staates? Noch am 4. November 1989 begeisterte sich Christa Wolf auf dem Berliner Alexanderplatz an der »revolutionären Erneuerung«: »Revolutionen gehen von unten aus, unten und oben wechseln ihre Plätze in dem Wertesystem. Und dieser Wechsel stellt die sozialistische Gesellschaft vom Kopf auf die Füße. Große, soziale Bewegungen kommen in Gang. Soviel wie in diesen Wochen ist in unserem Lande noch nie geredet worden, miteinander geredet worden, nie mit dieser Leidenschaft, mit soviel Zorn und Trauer, aber auch mit soviel Hoffnung.«¹⁸

Die Ziele der Akteure waren eigentlich doch alle so identisch, eben DDR-geprägt und von demokratischen und sozialistischen Idealen durchzogen – Bürgerbewegungen, SED-Reformer, selbst Krenz und die Modrow-Regierung sowieso. Aber vielleicht waren sie doch alle eher dem Reden, der Macht des Wortes und nicht praktikablen Konzepten verfallen?¹⁹

(a) Ihre politischen Programme – mit unterschiedlicher Stellung zur bisherigen SED – waren ähnlich. Bürgerbewegungen wie SED-Reformer wollten mehr Demokratie, zivilgesellschaftliche Strukturen, verwirklichte Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit. Sie wollten eine souveräne, friedensorientierte DDR, die sich offene Grenzen leisten können müsse.

(b) Obwohl die DDR nicht bankrott war, mußte die entscheidende Frage die nach dem wirtschaftlichen Reformprozeß sein. Genau hier fielen die Antworten vage aus. Die Bürgerbewegungen entwickelten erst im Laufe der Wochen und Monate Positionen.²⁰ Die SED-Reformer²¹ und die Modrow-Regierung²² griffen auf jene osteuropäischen Reformgedanken zurück, die den Übergang zu einer am Markt orientierten Wirtschaft ermöglichen sollten. Aber all diese Pläne und Gedanken waren mit dem 9. November Makulatur, da sich nun vollkommen neue Rahmenbedingungen eröffneten und für die Reformen sowohl eine wirtschaftliche Basissicherung durch die Sowjetunion als auch gezielte bundesdeutsche Hilfen unreal waren. Zudem wanderten weiter jeden Tag Tausende in den Westen ab, allein bis Ende 1989 384.854 und im 1. Halbjahr 1990 nochmals 238.384.²³

(c) Selbst die ebenso »hochverräterischen« wie unausgegorenen Gedanken einiger Mitglieder der alten SED-Führung über Konföderationen wurden vom Leben überholt. Aber genau die nun drängende Frage deutsch-deutscher Befindlichkeit hatten weder die meisten Bürgerbewegten noch die SED-Reformer im Blick – die Notwendigkeit, ein Konzept für die Lösung der deutschen Frage in relativ kurzen Zeiträumen zu erarbeiten.

Moskau definiert seine Interessen neu

Neben den ausschlaggebenden inneren Gründen für die Revolution in der DDR und ihr schließliches Scheitern aus Mangel an Konzepten und Antworten war die sich verändernde weltpolitische Lage entscheidend. Das betraf zuerst die Konsequenzen der Perestrojka. Gorbatschow suchte für die überfälligen inneren Reformen günstigere internationale Bedingungen. Denn er begriff, daß die Neuauflage des Kalten Kriegs der beginnenden achtziger Jahre

und die neuen Drehungen der Rüstungsspirale zuallererst sein Land in Bedrängnis und wirtschaftlichen Ruin trieben. In einer interdependenten Welt wäre ein militärisch ausgetragener Systemkonflikt tödlich.

Mit seinem Konzept von der »Freiheit der Wahl« offerierte er ein Angebot für künftige Entwicklungen aller Staaten. Das wurde als bald mit dem nicht erwarteten politischen Kurswechsel in Ungarn und Polen einer Belastungsprobe unterzogen, weil nun auch das Ausscheren aus der sozialistischen Ordnung akzeptabel und nicht mehr im Sinne der Breshnew-Doktrin korrigierbar war. Im Herbst 1989 sorgte die komplexe Krise in Osteuropa dafür, daß die Sowjetunion sich entweder für die gewaltsame Beibehaltung des Blocks oder seine Auflösung entscheiden mußte. Gerade der Machtwechsel in Ungarn – als Wandlungs- und Auflösungsprozeß der dortigen Führungspartei, der USAP, sich vollziehend, und in Polen mit seinem Aushandlungsprozeß der Machtteilung und schließlichen Übergabe an die Opposition,²⁴ ist sowohl in der geostrategischen wie psychologischen Wirkung auf die Sowjetunion wie auf die DDR, aber genauso für den Westen nicht zu unterschätzen. Die faktische Grenzöffnung Ungarns im Mai 1989 und die schließliche wohlwollende Regelung der Botschaftsfluchten sind nur die spektakulärsten Facetten dieses Ausbruchs aus dem sowjetischen Gesellschafts- und Machtssystem, das den Beteiligten in Moskau, Budapest, Warschau, aber auch in Bonn und Washington vollkommen klar war. Nicht zufällig war im ganzen Sommer 1989 die Hauptsorge der Bundesregierung, daß sich dieser Prozeß ungestört und eruptionsfrei vollziehen sollte.²⁵

Das faktische Ausscheren der Sowjetunion aus der Systemkonfrontation mußte die Hausordnung im »Europäischen Haus« und das Verhältnis seiner einzelnen Zimmer wie das Problem ihrer Zugänglichkeit neu aufwerfen. Daß dies in der deutschen Frage besonders komplex auftrat, war nur folgerichtig. Gleichzeitig suchte die Sowjetunion nach Partnern für den wirtschaftlichen Reformprozeß. Wer konnte sie am effektivsten und kapitalträchtigsten unterstützen?

Bonn erwies sich als aufgeschlossen und gebefreudig. Hier trat ein Wunschpartner Moskaus auf den Plan, der seit Rapallo immer wieder sowjetische Führer zu strategischen Winkelzügen und Illusionen verleitet: Deutschland – diesmal sein größerer, kapitalistischer Teil. Es kam zu einer Partnerschaft zwischen Moskau und Bonn, spätestens mit Gorbatschows Besuch am Rhein im Juni 1989. Kohl bemerkte, daß Gorbatschows »Distanz zur DDR ... deutlich (sei)«, wie er rasch Washington informierte.²⁶ Nicht nur in Bonn wurde spätestens jetzt begriffen: »Der Westen habe zum ersten Male seit 40 Jahren die Karten in der Hand«. Wenn er jetzt klug, nicht rechthaberisch und ohne Illusionen vorgehe, bestehe eine gute Chance, zu besseren Beziehungen zu kommen.²⁷

Die Bundesrepublik wurde als wichtigster westlicher Wirtschaftspartner zum Hoffnungsträger für eine umfassende wirtschaftliche Unterstützung bei den angestrebten marktwirtschaftlichen Reformen. Parallel dazu entfremdeten sich Sowjetunion und DDR angesichts der Weigerung der SED-Führung, die Perestrojka zu unterstützen. Honecker setzte auf einen reformfeindlichen

Parlament, Bonn 1990; Thaysen, Uwe: Der Runde Tisch: Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990; Rainer Land/ Ralf Possekkel: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR, Bochum 1994; André Hahn: Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht – Politische Kultur im letzten Jahr der DDR, Mit einem Vorwort von Gregor Gysi, Berlin 1998.

9 Siehe Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt/M. 1995.

10 Siehe ausführlicher: Stefan Bollinger: Die Revolution für den Sozialismus kam zu spät. 1989 zwischen letzter Chance und Thermidor, in: UTOPIE kreativ, Berlin (in Vorbereitung).

11 [Ministerium des Innern: Information über die Entwicklung und Zurückdrängung der Antragstellung auf ständige Ausreise nach der BRD und nach Westberlin – Berichtszeitraum 1.1.1989 bis 30.9.1989, hier S. 7 – pag. 30] Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv/vormals Zentrales Parteiarchiv der SED (im weiteren: BArch-SAPMO) DY 30 IV 2/2.039/333.

12 ZAIG: Hinweise auf wesentliche motivbildende Faktoren im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland und dem ungesetzlichen Verlassen der DDR, 9.9.1989, in: Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.): Befehle und Lageberichte MfS, S. 142.

13 Zu diesem Problem-

kreis siehe ausführlich meine Monographien: Stefan Bollinger: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling, hefte zur ddr-geschichte, H. 5, Berlin 1993; ders.: »Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance, Berlin 1995.

14 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Bd. 1, Berlin 1958, S. 385.

15 Siehe zur differenzierten Würdigung: Stefan Bollinger: Soziale Sicherheit und Sozialpolitik in der DDR – Anspruch, Wirklichkeit, Wertungen«, in: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 11, S. 403-426; ders.: Stichwort: »Errungenschaften des Sozialismus«, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 3, Hamburg 1997, S. 795-808.

16 Siehe Michael Brie: War der Sozialismus '89 noch verteidigungswert? Neudenken – gegen die unbelehrte Wissenschaft mancher Zeitgenossen, in: Neues Deutschland, Berlin (im weiteren: ND) vom 11./12.12.1993, S. 10.

17 Zur Unfähigkeit der DDR und des gesamten sowjetischen Modells, mit Konflikten umzugehen siehe Stefan Bollinger: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR – Gedanken zur historischen Unfähigkeit eines realsozialistischen Krisenmanagements, hefte zur

»Sozialismus in den Farben der DDR«, kritisierte die Perestrojka und schlug sich auf die Seite der Konservativen in Moskau. Zudem erwies sich die DDR immer weniger in der Lage, die teilweise überspannten sowjetischen Wirtschaftsforderungen zu erfüllen und war dazu auch immer weniger bereit, weil sie selbst ihre hochwertigen Güter auf dem Westmarkt zu versilbern suchte.

In den entscheidenden Monaten 1989/90 war die Sowjetführung obendrein mit einer inzwischen tiefen eigenen Krise im Lande konfrontiert. Sie zwang Gorbatschow, weit schneller als dies die westlichen Verhandlungspartner erwarteten, zu Entscheidungen. Galoppierende Wirtschaftskrise, Sezessionsbestrebungen im Baltikum, nationale Konflikte im Kaukasus und der Verzicht der KPdSU auf ihr Machtmonopol waren im Frühjahr 1990 ausschlaggebend. Darauf konzentrierten sich die Anstrengungen Gorbatschows und seiner Mannschaft, für den »Rest« blieb wenig Zeit. Das widerspiegelt sich auch in den Gesprächen mit führenden DDR-Politikern. In den Protokollen ist nachlesbar, daß die Moskauer Partner von ihren eigenen Schwierigkeiten überwältigt waren und damit im Vergleich die der DDR fast klein erschienen.

Zudem war die Sachkenntnis zu den DDR-Problemen oft gering, sichtbar geschah dort alles »fern von Moskau«. Deshalb wurde permanent seit den Massenfluchten über Ungarn Dimension und Tempo der osteuropäischen und DDR-Krise unter-, die Möglichkeiten der DDR-Akteure wie Krenz oder Modrow überschätzt.²⁸ All das verlockte Gorbatschows mit seinem deutschlandpolitischen Einlenken einen »Befreiungsschlag« zur Stärkung seiner innenpolitischen Position und gegenüber dem Westen vorzunehmen. Ja, es waren letztlich handfeste – wenn auch strategisch aberwitzige – Erwartungen, die Gorbatschow an ein Bündnis mit der Bundesrepublik und damit Gesamtdeutschlands knüpfte. Als 1987 mit der Perestrojka ernst gemacht werden sollte, war eine stehende These Gorbatschows: »Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen.«²⁹ Drei Jahre später waren die Blütenträume ziemlich zerplatzt. Nun ging es nur noch ums nackte wirtschaftliche und damit politische Überleben. Emissär Horst Teltchik mußte sich dringende Bitten und Erwartungen zu sowjetischen Geld- und Warenbedürfnissen anhören. Lebensmittel wurden gebraucht, die Wirtschaft mußte modernisiert werden. Gorbatschow brachte es wieder auf den Punkt: »Die Sowjetunion braucht jetzt Sauerstoff.«³⁰

Das wurde erleichtert durch die sowjetische Erwartung, daß es in Ostberlin wie Bonn letztlich zu SPD-geführten Regierungen kommen und so Partner mit einem realistischen Programm auf dem Tapet stehen würden, die die sowjetische Interessenlage akzeptierten. Insofern war die frühzeitige Festlegung Gorbatschows gegenüber Kohl Anfang Februar 1990 zur deutschen Einheit zwar folgerichtig, aber wie auch andere Entscheidungen nicht von einem überzeugenden Kalkül geprägt.

Die Sowjetunion handelte 1990 als Supermacht, die im Interesse von Sicherheit und wirtschaftlichem Wiederaufbau auf ihr geostrategisches Vorfeld meinte leicht verzichten zu können. Sie war zu diesem Zeitpunkt so wirtschaftlich marode, so sozial wie national erschüttert und vor allem militärisch so angeschlagen (abgesehen

von der nuklearen »ultima ratio«), daß eine gewaltsame Sicherung der Einflußsphäre ausgeschlossen war. Daß die Rechnung nicht aufging, steht auf einem anderen Blatt. Mit der Preisgabe Osteuropas und vor allem der DDR verlor sie tatsächlich ihren Supermachtcharakter und zahlte ihren Preis für die Niederlage im Kalten Krieg. Kohls Zugeständnisse erwiesen sich zudem alle als fruchtlos. Die Wirtschaftshilfe blieb für den unersättlichen russischen Moloch und mangels Konzepten zu gering, der Sicherheitsgewinn war nur relativ, da die Sowjetunion selbst zerfiel und die NATO schiebt sich weit nach Osten. Die Preisgabe der DDR hat Gorbatschows Macht nicht erhalten, sondern sein Land zerstört.

Bonns Chance

Eine andere Ebene ist die Wechselwirkung mit dem westlichen Gesellschaftssystem und die aktive Rolle der Bundesrepublik, ihrer unmittelbar einwirkenden und bald gestaltenden Politik gegenüber der DDR.

Oft wird das Verschwinden der DDR als Ergebnis geheimer Absprachen zwischen Moskau und Washington gesehen, Kohl erscheint als armer Tropf, der nur die Scherben bzw. Brosamen der Supermacht-Politiker einkehren mußte.³¹ Aber: Kohl machte sehr wohl aktive Politik, nachdem die Krise der DDR offen ausbrach. Die Botschaftsbesetzungen waren augenfällige Krisenzeichen. Die Bürgerbewegungen machten langsam, aber beständig mobil. Bonn wollte unter keinen Umständen eine Explosion wie 1953, aber unternahm alles, um DDR-Bürger in ihre Obhut zu bringen und die Gelegenheit für weiterreichende Ziele zu nutzen. Die Medien taten ein übriges.

Als Krenz neuer Partei- und Staatschef wurde, suchte Kohl Kontakt, um gleichzeitig verstehen zu geben, daß der neue erste Mann in Berlin nichts zu erwarten hatte. In Geheimkontakten Schäuble/Seiters – Schalck-Golodkowski sorgte die Bundesrepublik unmittelbar vor dem 10. Plenum am 8. November 1989 dafür, daß der neu-alten SED-Führung der Preis klar wurde, der für Wirtschaftshilfe zu zahlen war. Das machte der Kanzler am selbigen Tag auch öffentlich: Ohne »eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR« gebe es keine Hilfe. Verzicht der SED auf ihr Machtmonopol, Zulassung »unabhängiger Parteien« und freie Wahlen waren Bedingungen, das Ziel: »Abbau bürokratischer Planwirtschaft und ... Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung«.³² Mit der Maueröffnung einen Tag später hatte die DDR-Führung jedoch unfreiwillig ihren letzten Verhandlungs-Joker aus der Hand gegeben.

Nach dem Mauerfall schlug zudem die Stimmung bei den Daheimgebliebenen um. Während nun täglich Tausende das Land verließen, schwanden die Forderungen nach prosozialistischen Reformen aus den Demonstrationen. Einheitsparolen bestimmten nicht nur Leipziger Montags-Demos.

Mit seinen 10 Punkten vom 28. November ging Kohl innen- wie außenpolitisch in die Offensive und zielte auf föderative, d.h. also Einheitsstrukturen. Dabei überfuhr er bewußt das eigene politische Lager wie die westeuropäischen Verbündeten und die Sowjetunion, konnte aber auf US-Rückendeckung bauen.

ddr-geschichte, H. 30, Berlin 1996.

18 In: Wir sind das Volk. Hoffnung '89, mdv transparent, Teil 2: Die Bewegung, Oktober/November 1989, Halle 1990, S. 64.

19 Siehe ausführlich Abgebrochene Revolution, 2. und 5. Kap.

20 Siehe z.B. Isolde Stark: Wirtschaftspolitische Vorstellungen der DDR-Opposition 1989, in: Deutschland-Archiv, Opladen (im weiteren: DA), H. 11/1995, S.1183-93.

21 Siehe z.B. Michael Brie/Rainer Land/ Hannelore Petsch/ Dieter Segert/Rosemarie Will: Studie zur Gesellschaftsstrategie. Sozialismus in der Diskussion 1, hrsg. von Rainer Land und Lutz Kirchner: Forschungsprojekt Sozialismustheorie Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1989; Harald Bluhm u.a.: Texte zu Politik, Staat, Recht. Herausgegeben von Rainer Land und Lutz Kirchner: Forschungsprojekt Sozialismustheorie Humboldt-Universität zu Berlin - Sozialismus in der Diskussion 2, Berlin 1990.

22 Siehe Stabilisierung der Volkswirtschaft und nächste Schritte der Wirtschaftsreform. Beiträge zur Wirtschaftsreform. Arbeitsberatung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit den Generaldirektoren der zentralgeleiteten Kombinate und Außenhandelsbetriebe sowie den Vorsitzenden der Bezirkswirtschaftsräte und den Bezirksbaudirektoren am 9.12.1989, Berlin 1989; Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR: Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der

DDR. Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17.11.1989, Berlin.

23 Siehe Hartmut Wendt: Die deutsch-deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: DA, H. 4/1991, S. 390.

24 Siehe im Überblick Rainer Deppe/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel (Hrsg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/ M. 1991.

25 Siehe zur Rolle der Bundesrepublik im Herbst 1989 ausführlicher: Bollinger, Stefan: Ein direkter Weg zum Anschluß? Deutsch-deutsche Beziehungen im letzten Jahr der DDR (1989/90), in: Jürgen Hofmann/Detlef Nakath (Hrsg.): Konflikt – Konfrontation – Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit, Potsdam 1998, S. 167-191.

26 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, 15. Juni 1989, in: Dokumente, S. 300.

27 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterand, Paris, 22. Juni 1989, in: ebd., S. 310.

28 Siehe ausführlich: Abgebrochene Revolution, 4. Kap.

29 Michail Gorbatschow: Schlußwort auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU, 28. Januar 1987, in ders.: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 4, Berlin 1988, S. 397.

Die Ursachen für den Untergang der DDR sind vielfältig. Sie liegen entscheidend in den inneren Entwicklungsblockaden des gesamten Staatssozialismus begründet. Die sind aber weniger »Verrätern« als den Verteidigern der »wahren Lehre« anzulasten. Honecker und seine Politbürokollegen waren da die »Besten«. Reformkräfte waren zu schwach und handelten unentschlossen. Daß das andere System diese Schwäche ausnutzte und Kohl seine geschichtliche Leistung vollbringen konnte, die Früchte dieses inneren Zusammenbruchs einzukassieren, war seine Mission. Man sollte sein Aufatmen am 19. Dezember in Dresden ernst nehmen, als er Seiters zuraunte: »Die Sache ist gelaufen!«³³ Alles andere hing »nur« noch vom Bonner Verhandlungsgeschick, von der massiven Einmischung in die DDR-Wahlen und dem Bereitstellen von Geld und guten Worten ab. Eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung ließ sich ihre Herbstrevolution ebenso abkaufen wie die Sowjetunion ihre Verbündeten. Daß nicht wenige sich heute als Betroffene sehen, ändert nichts an damaligen Interessenlagen und Entscheidungen – der einfachen DDR-Bürger wie des in dieser Frage einfältigen sowjetischen Präsidenten.

Wenn nichts mehr trennt

1989/90 vollendete sich in besonderer Weise das Schicksal der ungleichen siamesischen Zwillinge DDR und BRD. So, wie sie in einer wechselseitigen Beziehungskiste existierten, sich bekämpften und gegenseitig zu gesellschaftlichem Wandel wie gesellschaftlicher Beharrung brauchten, so löste sich diese Bindung in dem Moment, da sowohl die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie das weltpolitische und strategische Umfeld zerstoßen.

US-Vizeaußenminister Eagleburger hatte wohl recht, als er gegenüber Bonner Gesprächspartnern vermerkte, daß »die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als solche bereits destabilisierend für die DDR« wirke.³⁴ Ein Blick auf das Ende der Zwillingenlebens weist auf die Probleme und Versäumnisse hin, die im Herbst '89 die Hoffnungen von dem »aufrechten Gang« der nun erlernt und praktiziert würde, alsbald platzen ließen und den Übergang von einem vormundschaftlich-undemokratischen System mit sozialer Sicherheit hin zu einer Bevormundung durch Demokraten in einem durch soziale Kälte und Profitudiktatur geprägten System begünstigten:

1. Mit dem Aufbruch zu einer modernen Gesellschaft mit demokratischen Strukturen und Rechtsstaat, mit einer Zivilgesellschaft und ihren Organisations- wie Interaktionsformen, mit dem Setzen auf den Markt wurden Grenzen des Staatssozialismus überschritten. Die westlichen Metropolen sahen attraktiv aus, hatten diese Modernität bereits erreicht, was Bürgerbewegte und SED-Reformer für sich als Beispiel sahen.³⁵ Nicht zuletzt die alte Bundesrepublik als funktionierende bürgerliche Gesellschaft verkörperte dieses Ziel und schien zu beweisen, daß materieller Wohlstand und ein offenkundig funktionierendes soziales Netz nicht mit sozialökonomischen Unterschieden zu erklären waren.

2. Die alte BRD war für viele äußere Beobachter und Westreisende, zumeist die Rentner, ein Schlaraffenland umfassend wirklicher materieller und geistiger Bedürfnisse. Reisen in alle

Welt, modernste Konsumgüter, ein ausgebautes Dienstleistungssystem, kulturelle Vielfalt kontrastierten mit einer DDR-Wirtschaft, die seit Jahren in der Krise steckte. Das bedeutete zwar nicht Hunger und Elend (obwohl Teile der DDR-Bevölkerung, insbesondere die Rentner, nur unzureichend von den Leistungen profitierten), aber Versorgungsengpässe und das Fehlen begehrter neuer Konsumgüter frustrierten. Trotz vieler Nischen und Freiräume blieb die DDR zudem eine bevormundete Gesellschaft.

3. Die Bundesrepublik bot ein funktionierendes politisches System mit demokratischen Mechanismen und Rechtsstaatlichkeit, während in der DDR Bevormundung und Machtmonopol einer zudem unbeweglich und konservativ gewordenen Staatspartei bestimmend blieben. Die Wirkung der Westmedien, die Berichte der Reisenden, schließlich die Repression sorgten dafür, daß diese Erfahrungen gerade in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre drängender wurden. Im gleichen Maße, wie die DDR in den Augen ihrer Bürger ihre Legitimation verlor – durch schwindende wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit, durch offensichtlich werdenden Machtmißbrauch, aber auch durch die Ineffizienz selbst des Repressionsapparates – gewann die BRD an Anziehungskraft. Nicht nur das hell erleuchtete Schaufenster wirkte, die Bundesrepublik erwies sich zunächst via Medien, dann aber auch durch die Aktivitäten (offen wie verdeckt) ihrer Staatsorgane in der Lage, dem Ausreise- und Fluchtwillen der DDR-Unzufriedenen nachzuhelfen, der DDR und ihren Verbündeten Zugeständnisse abzurufen und schließlich auch – bei allen Problemen – den Übersiedlerstrom relativ unproblematisch zu integrieren.

4. Wirtschaftsreformen und eine spürbare Verbesserung der Versorgungslage war nach übereinstimmender Auffassung der meisten politischen Kräfte nur noch mit westlicher Hilfe möglich. So wurde das nicht nur in der DDR, sondern in allen osteuropäischen Staaten gesehen. Aus eigener Kraft oder mit Rückhalt bei der Sowjetunion war ein solcher Weg nicht mehr gangbar.

5. Mit dem wahnwitzigen Akt der Selbstentleibung am 9. November durch die neu-alte Führung um Krenz und Schabowski wurde dem revolutionären Aufbruch in der DDR der Todesstoß versetzt. Die Revolution fand ihren Thermidor. In diesem Moment sahen Millionen DDR-Bürger in einer euphorischen Atmosphäre nicht allein den Westen als eine Gesellschaft, in der all das verwirklicht schien, was bislang nur vage von Bürgerbewegten und SED-Reformern angedacht wurde und nur viel Arbeit wie Schweiß kosten würde. Gleichzeitig konnte die BRD mit ihren Parteien, Printmedien und alsbald auch mit Wirtschaftsvertretern unmittelbar in die DDR einwirken und vor Ort arbeiten. Die BRD verkörperte den stabilen, leistungsfähigen, aktiven Part, der in Zeiten der Verwirrung und Desorientierung Halt und Sicherheit bieten konnte – mit einem funktionierenden System, mit logistischer und inhaltlicher Unterstützung. Genau das schlug sich im Stimmungswandel im Laufe des November nieder. Jenes Umschlagen der Losungen vom »Wir sind das Volk!« zum »Wir sind ein Volk!« war die Konsequenz, weniger durch westliche Fahnen- und Flugblattimporte als vielmehr durch die galoppierende Zersetzung der DDR und

30 Gespräch des Ministerialdirektors Teltshik mit Präsident Gorbatschow, Moskau, 14. Mai 1990, in: Dokumente, S. 1115.

31 Typisch bei Eberhard Czichon/Heinz Marohn: Kohl als Spielball zwischen Moskau und Washington. Die PR-Legende vom »Kanzler der Einheit«, in: ND vom 5./6. September 1998, S. 15.

32 Helmut Kohl: Aufbruch zu Freiheit und Selbstbestimmung. Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, 8. November 1989, in: ders.: Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991, Bd. 1. Bonn 1992, S. 247.

33 Helmut Kohl: »Ich wollte Deutschlands Einheit«. a.a.O., S. 213/214.

34 Gespräch des Bundesministers Seiters mit den stellvertretenden Außenminister Eagleburger, Bonn, 7. September 1989, in: Dokumente, S. 397.

35 Typisch Hans-Peter Krüger: Zur Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin, H. 3/1990, S. 202-217.

ihrer Autoritäten bedingt. Die Bürgerbewegten boten angesichts der Maueröffnung keine Konzepte. Die alte SED und der Staatsapparat wurden tagtäglich durch neue Enthüllungen über Privilegien und Verbrechen weiter delegitimiert. Die SED-Reformer waren mit diesem System viel zu sehr verstrickt und konnten sich nur mühsam daraus lösen.

6. Spätestens mit Kohls 10 Punkten vom 28. November und der Reise nach Dresden am 19. Dezember war der Stimmungsumschwung vollzogen. In der DDR hatten sich westdeutsche Parteien und Institutionen als aktive und eigentlich entscheidende Akteure etabliert. Damit hatten sich die handelnden Kräfte in der DDR zwischen Oktober und Dezember/Januar grundlegend gewandelt. Standen im Oktober Bürgerbewegungen, SED-Reformer, politisierte Bürger und Teile der SED-Führung noch gegen die alte SED-Führung um Honecker und Mittag, so sah die Lage drei Monate später anders aus. Die Politisierung der Bürger ließ nach, ihre Ziele waren verschwommener. Idealvorstellungen eines Verschmelzens der Vorzüge von Sozialismus (soziale Sicherheit) und Kapitalismus (Warenangebot, hohe Löhne, konvertierbare Währung) bestimmten ihr Denken. Die Bürgerbewegungen fixierten sich auf den letzten Rest der alten Repressionsmacht, das MfS/AfNS. Die SED war für alle anderen politischen Parteien zum Hauptschuldigen für alle Misere geworden. Die SED-Reformer kämpften noch um den Wandel der Partei und gegen deren Auflösung. Die Modrow-Regierung konnte immerhin noch die Ruhe im Lande zu wahren suchen und versuchen, Reformen auf den Weg zu bringen. Letztlich aber bestimmten bundesdeutsche Akteure das Geschehen. In der Ost-CDU und den anderen Bewegungen, die sich später in der »Allianz für Deutschland« wiederfanden, hatten sie ihre Partner, so wie die SPD den ihren in der SDP.

Die DDR begann als eigenständiges politisches Subjekt aufzuhören, auch wenn natürlich die Hülle weiter existierte und agierte. Aber die Entscheidungen fielen wahrnehmbar in Bonn und die weitere Einflußnahme – vor allem mit der Proklamierung der Absicht einer Währungs- und Wirtschaftsunion und der offiziellen Bildung eines Kabinettsausschusses Deutsche Einheit am 6. Februar 1990 sorgten dafür, daß in dem gleichen Maße, wie die DDR-Bürger sich mit diesem neuen Vormund abfanden, auch ihre Revolution »enteignet« wurde.

7. Die offene deutsche Frage war immer weniger offen. Bonn mußte zwar gemeinsam mit den USA sich mühen, Geschwindigkeit und konkrete Formen der Einheit im eigenen Bündnis und vor allem mit Moskau auszuhandeln. Bonn mußte vor allem die Bündniszugehörigkeit entsprechend ihren Ambitionen durchsetzen – aber letztlich gab es an dieser Entscheidung keinen Zweifel – und die Wahlen zwischen dem 18. März und dem 2. Dezember 1990 bestätigten dies, auch wenn das Volk direkt nie nach der Einheit befragt wurde.

Der Herbst '89 brachte wichtige Ergebnisse – den Bruch mit dem Staatssozialismus und seinen Institutionen und Irrlehren, die Rückkehr des Volkes zur politischen Aktion. Die Formierung neuer politischer Kräfte und Aktivisten, die Schaffung von direktdemo-

kratischen Strukturen mit Runden Tischen, neuer Verfassung, Produktionsdemokratie. Auch wenn wichtige demokratische Strukturen und Initiativen erst zu einem Zeitpunkt entstanden, wo sie breite Massen nicht mehr interessierten und westdeutsche Experten ihre Blaupause verbindlich offerierten. Daß die DDR-Ideen weitaus »demokratischer«, d.h. vornehmlich basis- und direktdemokratischer als die bundesdeutschen Repräsentativstrukturen mit der besonderen Rolle von Parteien und großen Interessengruppen waren, behagte bundesdeutschen Ratgebern nicht, die beispielsweise an den Universitäten die Ordinarienmajorität erhalten wissen wollten. Ihr typischer Ratschlag: »Man solle bei der Gestaltung neuer Universitätsstrukturen ›nicht in Überdemokratisierung verfallen‹.«³⁶ Entscheidend aber blieb: Ein Konzept für ein funktionierendes Wirtschaften in einer sich verändernden Welt konnten die neuen Kräfte nicht anbieten. Die PDS entstand, sie blieb aber schwach, die Modrow-Regierung tat ihr möglichstes, wurde aber zum Abwickler, die frei gewählten Nachfolger konnten nur noch so handeln, wie sie den Wählerwillen interpretierten und sie ihre westdeutschen Auftraggeber handeln ließen.

Das letzte Jahre der DDR war das einer Revolution mit ihrer Chance und ihrem Abbruch, der zum Systemwechsel führte. Er brachte den Zugang zu einer modernen Gesellschaft mit demokratisch-parlamentarischen Strukturen, Rechtsstaatlichkeit, Markt- aber keineswegs sozialer Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, demokratische Gestaltungsmöglichkeiten in der Wirtschaft. Nutzen wird diese Niederlage dann, wenn die Ursachen der Revolution und ihrer Niederlage akzeptiert, die Chancen der Alternativen erfaßt und jener Aufbruch erneuert wird, der im Herbst 1989 Menschen zum Handeln für eine demokratische, ökologische, sozial gerechte Gesellschaft motivierte.

36 Zitiert bei Peer Paster-nack: Studentisches Be-wegte sein in der DDR/in Ostdeutschland 1989/90, in ders. (Hrsg.): IV. Hoch-schulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ost-deutschland 1989/90, Eine Retrospektive, Leipzig 1993, S. 63.